



---

## Pressemitteilung

### Krankenhausversorgung in der Grenzregion – Gespräch in der Service- stelle Bad Säckingen der DAK

---

Beim Besuch im Servicezentrum der DAK-Gesundheit in Bad Säckingen informierte sich die Bundestagsabgeordnete Gabriele Schmidt (CDU) über die Struktur und Pläne der Versorgerkrankenkasse am Hochrhein.

Der Leiter des Regionalzentrums in Freiburg Martin Göppert und der Leiter der Vertriebsregion Uwe Deckert bestätigten, dass die DAK fest in der Region verankert sei und an der Anzahl und den Standorten der Servicezentren festhalte. Mit einem Abstand von rund 30 km zwischen den Servicezentren sei die Nähe zum Versicherten gewährleistet und ein persönlicher Ansprechpartner leicht erreichbar.

Sorge bereitet den Verantwortlichen die Krankenhausversorgung im Grenzbereich. Die Nähe zu den Spitälern in Basel und anderen Krankenhäusern auf Schweizer Seite führe immer wieder zu Diskussionen bezüglich der Kostenübernahme. Wenn ein Versicherter bisher die Schweizer Krankenhäuser aufsuchte, wurden die Kosten in Höhe der vergleichbaren Leistung in Deutschland übernommen, mit Ausnahme der Notfallbehandlungen. Nun würden aber immer mehr Krankenkassen dazu übergehen, die Kosten für eine Behandlung im Ausland ohne Zusatzversicherung zu ermöglichen. Diese Handlungsweise fördert den Gesundheitstourismus in das Nachbarland und verursacht höhere Leistungsausgaben, da die medizinischen Leistungen im Allgemeinen in der Schweiz teurer als in Deutschland sind.

Gabriele Schmidt gab darüber hinaus zu bedenken, dass die Krankenhäuser auf der deutschen Seite bei sinkenden Belegungszahlen in Gefahr kommen könnten. Die Krankenhausversorgung in der Region und die Versorgungssicherheit bei allen Leistungen dürfen aus Sicht der Abgeordneten nicht unter dem Wettbewerbsverhalten der Krankenkassen leiden und die Besonderheiten einer Grenzregion nicht außer Acht gelassen werden.

Martin Göppert regte die Einrichtung eines „runden Tisches“ mit den Vertretern der Krankenkassen zur Sensibilisierung dieses Problems an. Die Abgeordnete und die DAK wollen auch weiterhin im Dialog bleiben.